

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidenten Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

<b>Abonnementspreis</b> mit illustrierter Beilage Post und Zeit für einen Monat einschl. Bringerlohn 150 G.-Pfg., bei Selbstabholung 140 G.-Pfg. — Einzelnummer 10 G.-Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: Nr. 22721 u. 24506. Telefon für die Inseraten-Abteilung Nr. 22721. <b>Postfachkonto Nr. 53477</b>	<b>Redaktion:</b> Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 13693. — <b>Verlag in Leipzig,</b> Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 24506	<b>Inseratenpreise:</b> Die 10gespalt. Kolonelleite 30 G.-Pfg., bei Platzvorschrift 35 G.-Pfg., Familiennachrichten von Privatpersonen 10gesp. Kolonelleite 15 G.-Pfg., Reklamezeile 1,50 Goldm., Inserate v. ausw.: die 10gesp. Kolonelleite 35 G.-Pfg., bei Platzvorschrift 40 G.-Pfg., Reklamezeile 1,75 Goldm. Annahme bis 9 Uhr vorm.
---	--	--

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

# Beilegung des sächsischen Parteistreites auf dem Parteitag

## Der Abschluß der Geschäftsberichte.

Berlin, 13. Juni.

Kurz vor Abschluß der Vormittags-Sitzung wurde zur Abstimmung über die taktischen Resolutionen geschritten. Vorher gab es noch einen Zwischenfall, der zu persönlichen Bemerkungen führte. Genosse Wels hatte im Schlusswort auf die Erklärung hingewiesen, die auf dem Geraer Parteitag der USP. von mehr als 100 Delegierten unterschrieben wurde. Sie wurde dem Parteitag zu Protokoll gegeben, um das Verständigungswort nicht zu erschweren. Wels hatte das gegen Dilmann ausgenutzt, was diesen veranlaßte, in einer persönlichen Bemerkung diese Vorgänge historisch richtigzustellen. Diese Auseinandersetzung rief auch Hilferding auf den Plan. Zweifelslos war er der intellektuelle Urheber des Ausfalls, den Wels unternahm. In einer persönlichen Bemerkung bekräftigte er die Auffassung von Wels.

Zum Schluß machte Crispian einen Reinigungsversuch. Er wehrte sich gegen Anschuldigungen, die der Berliner Delegierte Lette erhoben hatte. Crispian verwies auf eine Darstellung, die in der Revuekorrespondenz erschienen sei, wonach festgestellt wurde, daß die Umstellung der Berliner Kandidatenliste durch diktatorische Einwirkungen des Parteivorstands zustande gekommen sei. Er ritt eine scharfe Attacke gegen den Redakteur der Revuekorrespondenz, den Genossen Franken. Crispian müsse es ablehnen, sich von Genossen, die sich nicht bewährt hätten, abstimmen zu lassen. Die Opposition werde sich in Grund und Boden wirtschaften, wenn andre Genossen, die ihrer Meinung nicht folgen, von ihr gemocht würden. In diesen persönlichen Bemerkungen traten scharf die Gegensätze in Erscheinung, die in der Debatte mit starker Disziplin unterdrückt worden waren. Der Parteivorstand hat sich das Verdienst erworben, in den bisher sächsisch geführten Meinungskampf persönliche geschäftliche Motive hineinzutragen.

Dann folgt eine Geschäftsordnungsdebatte über die Methoden der Abstimmung. Die taktischen Gegensätze konzentrierten sich um zwei Resolutionen, die von Hermann Müller im Austrage des Parteivorstands und Robert Dilmann als Führer der Opposition eingebracht worden waren. Die Linke hatte über beide Resolutionen namentliche Abstimmung beantragt. Der Kampf ging um die Frage der Priorität. Der Parteitag entschied, zunächst über die Resolution Müller abzustimmen, wodurch die zweite Resolution gegenstandslos wurde. Mit der Abstimmung schloß die Vormittags-Sitzung. 105 Delegierte hatten sich gegen die Resolution Müller und damit auf den Boden der Opposition gestellt. Für die Resolution Müller hatten sich 262 entschieden.

Zu Beginn der Nachmittags-Sitzung wurde noch eine weitere namentliche Abstimmung vorgenommen. Von Breslau war beantragt worden, dem Reichswehretat die Zustimmung zu versagen. Die Entscheidung darüber ergab 99 Stimmen mit Ja und 249 mit Nein.

Danach berichtete Buchwiz, Görlich, im Auftrage der zu Beginn des Parteitags eingesetzten Reinerkommission, der die Erledigung der sächsischen Streitfrage

übertragen worden war. Er erklärte, daß die Kommission nicht in die Lage gekommen sei, ein Urteil fällen zu müssen, vielmehr sei eine Verständigung zustande gekommen, die wohl beide Richtungen zufriedenstellen werde. Er referierte über den Verlauf der Verhandlungen. Von beiden Seiten der Fraktion waren je 5 Genossen hinzugezogen worden. Buchwiz berichtete weiter, daß auch bereits die Durchführung der Einigung in der Fraktion besprochen worden sei. Man habe sich über die Befehle der Ausschüsse und sonstige Fragen verständigt, die erforderlich sind, um ein gemeinsames Auftreten der sozialdemokratischen Fraktion im Landtage zu ermöglichen. Der Bericht des Genossen Buchwiz fand den lebhaftesten Beifall des Parteitags, vor allem, als er jene Stelle der Resolution verlas, in der es heißt: „Höher als alle Vorteile und Nachteile der Koalitionspolitik und einer Koalitionsregierung steht uns die Einigkeit der Partei.“

Von diesen Gesichtspunkten haben sich beide Richtungen tragen lassen. Jeder Parteigenosse, in Sachsen und auch im Reich hat in den letzten Wochen mit höchstem Bedauern den Bruderkämpfen im sächsischen Landtage zugegesehen. Im Interesse der Verständigung haben beide Richtungen Konzessionen machen müssen. Es wurde festgelegt, und das gilt nicht nur für Sachsen, daß die Entscheidungen der Landesparteierversammlungen für die Fraktionen bindend seien. Freilich wurde auch festgestellt, daß damit die Rechte des Parteivorstandes, die Ausführung von Landesbeschlüssen, wenn sie dem Parteistatut zuwiderlaufen, zu suspendieren, nicht berührt wer-

den. Es wäre ein Leichtes gewesen, auf dieser Basis bereits vor dem Parteitag durch die Vermittlungstätigkeit der sächsischen Landesinstanzen und vor allem des Leipziger Bezirkes eine Verständigung herbeizuführen. Diese Bestrebungen scheiterten an der unverständlichen Haltung der Fraktionsmehrheit. Doch darüber soll jetzt nicht mehr gestritten werden. Wir hoffen und wünschen, daß auch der Landtagsmehrheit die „Einigkeit der Partei“ höher stehen möge „als alle Vorteile und Nachteile der Koalitionspolitik“.

Der Beschluß der Reinerkommission klärt nur die Grundlagen für das Einigungswort, das nunmehr in Sachsen praktisch durchgeführt werden muß. Zunächst werden sich die Landes- und Bezirksinstanzen eingehend mit all den aufgeworfenen Fragen zu beschäftigen haben. Dann aber wird ein Landesparteitag den ganzen Komplex der sächsischen Probleme erörtern müssen. Diese Landestagung muß eingehend vorbereitet werden, damit keine überstürzten Beschlüsse zustande kommen, die das Einigungswort erneut in Frage stellen könnten. Darüber darf es weder bei der Minderheit noch bei der Mehrheit einen Zweifel geben, daß die endgültige Sanktion des Einigungswortes nur durch einen Landesparteitag erfolgen kann, der alle Fragen zur Erörterung stellt, um die in den letzten Monaten heiß gestritten worden ist. Nur durch eine offene, vom Geiste der Verständigung getragene Aussprache wird der Konfliktstoff beseitigt werden, der im Verlaufe vieler Monate aufgeschichtet worden ist.

Es wird sich darum handeln, eine größere Homogenität in den sächsischen Organisationen herbeizuführen. Was wir bereits im Anschluß an den Dezemberparteitag geschrieben, macht sich mehr denn je gebieterisch geltend. Die Opposition hat auf dem Reichsparteitag, wenn man nur die gewählten Delegierten in Betracht zieht, beinahe die Hälfte der Delegierten hinter sich vereinigt. Die Lösung des sächsischen Konfliktes muß zu einer organischen Festigung des gesamten linken Flügels führen. Das aber kann nur geschehen, wenn die extremen Geister beider Richtungen in Schach gehalten werden können.

Die Nachmittags-Sitzung wurde durch die Erledigung des Organisationsauslasses ausgefüllt. Bereits vor 14 Tagen hatte sich der Organisationsauslass mit den vorliegenden 150 Anträgen zum Organisationsstatut beschäftigt. Er hat dem Parteitag einen neuen Entwurf vorgelegt und Gen. Lipinski als Referent über diesen Tagesordnungspunkt beantragte im Auftrage des Organisationsauslasses, über den Entwurf en bloc abstimmen zu lassen. Lipinski verjesste, wie er das auch bereits schon in einem Aufsatz unserer Zeitung tat, die Mißstimmung gegenüber den führenden Kreisen zu beschwören, aber dieser Verfassungsentwurf gilt nicht nur für wenige Monate oder Jahre. Erfahrungsgemäß sind derartig grundlegende Beschlüsse nicht schnell wieder zu revidieren. Darum versuchte die Opposition, dem Entwurf wenigstens die schärfsten Giftpfeile auszubringen. Sie konzentrierte sich auf einige wenige Anträge, um nicht die Stoßkraft in Einzelheiten zu verzerren.

Alle Bemühungen der Opposition scheiterten an dem kompakten Willen des Parteitages, den Einfluß der Parteinstanzen zu stärken. Nach dem fünften Debatteredner bereits wurde die Guillotine in Bewegung gesetzt, jede weitere Debatte unterbunden und der Entwurf der Kommission gegen die Stimmen der Opposition sanktioniert. Die Folgen davon werden sich geltend machen. Die deutsche Sozialdemokratie ist von der praktischen Durchführung der funktionslosen Demokratie weiter entfernt denn je. Nichts gelernt und nichts vergessen . . .

## Vor dem Abschluß.

Berlin, 14. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der Parteitag tritt heute zu seiner letzten Sitzung zusammen. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte die Tagesordnung bereits in den frühen Nachmittagsstunden aufgearbeitet worden sein. Zunächst wird das Referat über die Stellung der Sozialdemokratie zur Landwirtschaft entgegengenommen. Dann folgt das Referat Hilferding über die Reichstagswahlen. Die Diskussion über die beiden Vorträge wird zusammengefaßt und wenn nicht alles klappt, dürfte die Mehrheit des Parteitages, die gestern die Diskussion über das Organisationsstatut schon nach wenigen Debatterednern durch einen Schlußantrag abzwang, auch diese rasch beenden.

Zu Beginn der Sitzung verweist der Vorsitzende auf die neue Schandtat der Faschisten in Italien. Die Leiche des italienischen Abgeordneten, des Sozialisten Matteotti, ist aufgefunden worden. Damit ist der Beweis erbracht, daß die Entführung unternommen wurde, um einen Ankläger gegen die faschistische Mißwirtschaft zu beseitigen. Bereits zu Beginn des Parteitages wurde auf die Be-

tätigung Matteottis hingewiesen, der an der internationalen Verständigungsarbeit unter den Sozialisten regen Anteil genommen hat. Die Delegierten erheben sich zu Ehren des gemordeten Genossen von ihren Sitzen und bezeugen dabei ihren Abscheu gegen die internationale Mordpraxis der faschistischen Bewegung.

Danach kommt ein gestern zurückgestellter Antrag Sollmanns zur Abstimmung. Er erklärt, daß die Internationale Arbeiterhilfe ein Organ der kommunistisch-bolschewistischen Politik sei, die als eines ihrer Hauptziele die Vernichtung der Sozialdemokratie erstrebe. Darum sei die Beteiligung an der I. A. H. unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Sozialdemokratie. Dieser Antrag richtete sich vor allem gegen die Genossen Mathilde Wurm und den Genossen Rosenfeld, die im deutschen Präsidium der I. A. H. sitzen. Die Morgenausgabe des heutigen Vorwärts teilt mit, daß beide Genossen ihren Austritt aus der I. A. H. erklärt haben. Darauf wurde der Antrag ohne Widerspruch angenommen.

Im Anschluß daran kommt das Beamtenprogramm, das in der L. B. bereits zum Abdruck gelangte, mit wenigen Änderungen zur Annahme. Vorher war noch die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission getätigt worden. Das Wahlergebnis wird voraussichtlich erst in den frühen Nachmittagsstunden bekannt werden.

Nach der Erledigung dieser geschäftlichen Angelegenheiten erhält Genosse Helling das Wort zu seinem Referat über die Landwirtschaft. Er übt zu Beginn seiner Darlegungen scharfe Kritik an der früheren Haltung der Sozialdemokratie zur Landwirtschaft. Man könne diese Schichten nicht gewinnen, wenn man ihr sage, daß sie unrettbar dem Untergang geweiht seien. Aus diesen Gründen wendet er sich gegen die früheren programmatischen Darlegungen über die Agrarfrage, gegen das Erfurter Programm, die Debatte im Anschluß an den Breslauer Parteitag. Er lehnt die Arbeiten Kautskys ab und stützt sich im wesentlichen auf Davids Schrift über „Die Sozialdemokratie und die Landwirtschaft“. Mit Befriedigung könne er feststellen, daß man jetzt von dem „landfremden Programm der Vorkriegszeit“ abgekommen sei. Es sei notwendig, der Landwirtschaft gegenüber andre steuerprogramatische Grundzüge aufzustellen. Anstatt der Leistungsfähigkeit müsse die Produktivität gefordert werden. Das bedinge eine neue Steuerveranlagung. Dann setzt sich der Redner mit den Gutachten verschiedener Sachverständiger auseinander, die sich gegenseitig widersprechen.

Im Anschluß daran erhält der Vorsitzende des Landarbeiterverbandes, Genosse Schmidt, das Wort, um die Haltung der Landarbeiterschaft zur Agrarfrage zu klären.

Vorher macht der Vorsitzende die Mitteilung, daß fast zur selben Minute, als der Parteitag das Andenken Matteottis geehrt habe, sich in unmittelbarer Nähe des Tagungsortes ein scharfes Eisenbahnunglück ereignet habe. Ein 9 Uhr 20 Minuten auf dem Potsdamer Bahnhof einlaufender D-Zug ist auf einen Vorortzug aufgefahren. Bisher wurden bereits gegen 20 Tote aus den Trümmern hervorgezogen. Daneben sollen schon 30 Schwerverletzte geborgen worden sein. Der Vorsitzende drückt den Hinterbliebenen im Namen des Parteitages das Beileid der Delegierten, die sich inzwischen von ihren Plätzen erhoben haben, aus.

Um 11 Uhr vormittags erhält Hilferding das Wort zu seinem Referat über „Reichstagswahlen und Sozialdemokratie“. Er verweist auf die Konzentrationsbestrebungen im kapitalistischen Wirtschaftsprozess und sagt, daß das Bestimmende jetzt nicht mehr der Kampf der Unterdrückten gegen die Bebrücker sei, sondern ein Kampf der großen Monopole untereinander. Man spreche so viel vom marxistischen Klassenkampf. Notwendig sei, die Kräfte des Proletariats in der schärfsten Weise zusammenzufassen. Dann verweist er auf den praktischen Klassenkampf in England und erklärt, unsere Politik müsse das Bestreben haben, immer im Zusammenhang zu bleiben mit der großen lebendigen Masse des Proletariats. Man dürfe den Massen nicht mehr zumuten, als sie beargwöhnen könnten, womit er stürmische Zustimmung von Seiten der Opposition fand, die ihn mit Recht auf die Politik der Partei den Ermächtigungsgesetzen gegenüber hinwies. Hilferding betonte weiter, daß es der Ausdruck höchster Tragik gewesen sei, daß in den Tagen, als in Hamburg die Gründung der Sozialistischen Internationale vollzogen wurde, gerade die wichtigste Partei, der französische Sozialismus, außerordentlich schwach gewesen sei. Man solle nicht an Traditionen hängen, sich aber vorzogenwärtigen, daß der Kampf in Frankreich, ausgehend von den großen Tagen von 1789, ein immer wieder anhebender Kampf um die Zurückeroberung der Republik gewesen sei. Der Redner bezieht sich dann auf ein Wort Karl Marx' aus der Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, indem er sagt, daß, wenn alle Bedingungen erfüllt seien, der Aufbruchstag kommen werde durch den Ruf des gallischen Hahnes. Dann beschäftigt sich Hilferding mit dem Sachverständigengutachten und vertritt im wesentlichen die Stellung, die wir bereits in den Presse eingenommen haben.